

Evangelische Volkspartei der Schweiz

Niklaus Hari, Kommunikation

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

Mobile 079 202 72 27

niklaus.hari@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Gesundheit

3003 Bern

29. Mai 2006

**Verfassungsbestimmung über die Forschung am Menschen
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Einladung, zur oben genannten Vorlage Stellung nehmen zu dürfen. Die EVP Schweiz begrüsst das Vorhaben, einen Verfassungsartikel und ein darauf fussendes Bundesgesetz über die Forschung am Menschen zu erlassen. Unterschiedliche oder fehlende Regelungen in den Kantonen machen eine Bundeslösung notwendig.

Alles, was gesetzlich geregelt wird, muss auf einer sauberen Verfassungsgrundlage aufbauen. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass beispielsweise das Stammzellenforschungsgesetz im teilweisen Widerspruch zur Bundesverfassung steht. In unserer Vernehmlassungsantwort beschränken wir uns daher bewusst auf den vorgeschlagenen Verfassungsartikel.

1. Notwendigkeit der Einwilligung

Es ist aus Sicht der EVP nicht wünschenswert, wenn das Gesetz Ausnahmen von der allgemeinen Einwilligungspflicht vorsehen kann. Gleichzeitig muss diese Einwilligung nach einer umfassenden Aufklärung erfolgen. Wir möchten deshalb den folgenden **Änderungsvorschlag Abs 2 lit. a** anbringen:

„Forschung am Menschen darf nur durchgeführt werden, wenn:

- 1. eine Einwilligung nach umfassender Aufklärung vorliegt;**
- 2. eine unabhängige Überprüfung ergeben hat, dass der Schutz der teilnehmenden Personen gewährleistet ist.“**

Im Falle des Rückzuges oder der Verweigerung dieser Einwilligung soll die folgende **Ergänzung Abs 2 lit. e** in der Verfassung verankert werden:

„Wird die Einwilligung nach Abs 2 lit. a Ziffer 1 zurückgezogen oder verweigert, dürfen die biologischen Materialien und die bis dahin gewonnenen Daten der betroffenen Person nicht für das Forschungsprojekt verwendet werden und sind zu vernichten.“

2. Forschung an urteilsunfähigen Personen

Die Forschung an urteilsunfähigen Personen ist ethisch heikel und deshalb deutlich sorgfältiger zu handhaben, als vom vorliegenden Verfassungsartikel vorgeschlagen. Die EVP Schweiz lehnt jede Formulierung, welche über die Biomedizin-Konvention des Europarates hinausgeht, ab.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung dieser Anliegen in der überarbeiteten Botschaft.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident und Nationalrat
Dr. Ruedi Aeschbacher



Generalsekretär
Joel Blunier